

Berlin, Sonntag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Vierteljährlich für ganz Deutschland 9 Mk., für Österreich 18 Kr., 82 Hefen, Russland 4 Rub. 65 Kop., Holland 7 fl. 50 Cts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzbands Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Messrs. & Co. 19 Essex Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen

Verdingungs-Anzeiger, Hotels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Diebstahl-Listen der Preussischen Klassen-Lotterie, Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restamtzeit 1 Mt.

Fernsprecher:

Amt I, Nr. 243.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Telegramm-Adresse: Börsen-Zeitung.

Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-Abonnements auf beliebige Dauer an unter täglicher Zufendung der Zeitung per Streifenband; der Preis stellt sich für den Umfang des Deutschen Reiches sowie für Sendungen nach Oesterreich-Ungarn auf 1 Mark 50 Pf., für Sendungen nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pf. pro Woche. Bestellungen nimmt die unterzeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abommiertes Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte zu erhalten wünschen, wollen wie folgt verfahren: a) haben sie bei einer Postanstalt abommiert, so wollen sie bei der Postanstalt ihres Wohnortes die Ueberweisung ihres Exemplars nach dem neuen Aufenthaltsort bei gleichzeitiger Zahlung der Ueberweisungsgebühr beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung durch einen Spediteur, so wollen sie bei diesem die Ueberweisung des Exemplars an die Post unter Zahlung der Ueberweisungsgebühr veranlassen.

Die Expedition der Berliner Börsen-Zeitung. Kronenstraße 37.

Hierzu als IV. Beilage: Hotel- und Bäder-Anzeiger.

Vom Tage.

Morgen werden die Mitglieder des Prüfungsausschusses für Tabakbewertung in Bremen durch den Staatssekretär des Reichsschatzamtts Werbuth in ihre Tätigkeit eingeführt werden.

Der ehemalige niederländische Kolonialminister Jdenburg wurde zum Generalgouverneur von Niederländisch-Indien ernannt.

Durch kaiserliches Erlass ist gestern die erste Session des künftigen Reichstages für geschlossen erklärt und der Beginn der nächsten Session auf den 14. November d. J. angelegt worden.

Einer Nachricht aus Konstantinopel zufolge haben sich in Verisowich etwa 1000 Albaner versammelt, um zur Steuerfrage Stellung zu nehmen.

Finanzreform in Oesterreich.

Wien, 19. August.

Gleichwie im Deutschen Reich ist auch bei uns die Verwirklichung der Finanzreform von heftigen parlamentarischen Kämpfen begleitet. Der Finanzminister hat dem Abgeordnetenhaus im Frühjahr einen Finanzplan vorgelegt, der auf der Erhöhung der Konsumsteuern für Bier und Branntwein aufgebaut war. Die Konsumenten dieser Artikel sollten dem Staate 95 Millionen Kronen zur Erhaltung des budgetären Gleichgewichtes liefern. Um das Parlament zu gewinnen, hatte der Finanzminister seinen Finanzplan mit einer Sanierungsaktion für die Landesfinanzen kombiniert. Der Staat wollte von den 95 Millionen Kronen nur 23 Millionen Kronen behalten. 32 Millionen sollten verwendet werden, um das Bier künftig von allen Landesumlagen frei zu machen, und 40 Millionen Kronen wollte der Staat an die Länder abgeben, damit sie ihre stark zerrütteten Finanzen in Ordnung bringen könnten. Der Vorplan erwies sich jedoch

zu schwach, um den schwer beladenen Steuerwagen über den Berg zu bringen. Vor allem wurde eingewendet, daß durch diese neue Steuern gerade die ärmeren Volksschichten betroffen würden. Der Finanzminister ließ diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen und beehrte sich, den Finanzplan zu modifizieren. Er tat dies auf jene Weise, wie es ein Finanzminister in solchen Fällen gewöhnlich tut. Von den 95 Millionen Kronen, die er vom Bier und Branntwein haben wollte, wurde nichts nachgelassen; aber die bittere Pille wurde verflüchtigt, indem gleichzeitig noch ein paar andere populäre Steuern in das Paket eingeflochten wurden. Als sozialpolitischer Ausweg wurden verwendet die Einkommen über 20 000 Kronen, die Dividenden hochrentierender Aktiengesellschaften, die Verwaltungskratsantien und endlich die Erbschaftsteuer. Der Finanzminister profitierte bei dieser Popularisierung seines Finanzplanes 20 Millionen Kronen und entkräftete überdies den Einwand, als ob er nur die Armen belaste und die Reichen schone. Aber auch so modifiziert fand der Finanzplan wenig Anklang. Die Opposition richtete sich hauptsächlich gegen die Biersteuer. Ohne Rücksicht auf seine nationale Herkunft ist das Bier gleich beliebt bei Deutschen und Tschechen, gleich beliebt auch bei den Sozialdemokraten, die seine Bedeutung für die politische Agitation sehr wohl zu würdigen wissen. Der Finanzminister mußte bald erkennen, daß gegen solche mächtige Protektion die Biersteuer nicht durchzubringen sei, und so entschloß er sich, sie aus dem Finanzplan auszuschalten. Die Niederlage ist ihm, wie man sich denken kann, sehr un bequem, denn auf dem Bier war eigentlich die ganze Finanzreform aufgebaut. Die Branntweinsteuer erhöht der Staat ausschließlich zum Zwecke der Sanierung der Landesfinanzen. Von der Biersteuer aber wären ihm effektiv 29 Millionen Kronen für sein Budget geblieben. Und wo findet er eine Steuer, die so einfach und bequem durchzuführen ist und keine neuen Erhebungskosten verursacht? Und dann ist Bier die einzige indirekte Steuer, bei der das Prinzip der Infamierung noch nicht durchgeführt ist. Der Staat wollte den Ländern ihre Steuerumlagen ablassen, um in Zukunft auch bei dieser Biersteuer frei schalten und walten zu können. Deshalb ist gerade dieser Mißerfolg ein sehr schmerzlicher. Es ist auch nicht leicht, für die Biersteuer vollwertigen Ersatz zu schaffen. Wenn Herr v. Bilinski nicht gerade die deutsche Talonsteuer kopieren will, so wird er sich in den ausgetretenen Steuerbahnen bewegen müssen. An Stelle des Bieres sollen jetzt die Zündhölzchen herhalten. Aber da der Staat mit den jetzt geplanten Steuererhöhungen nicht auskommt und an die Erschließung weiterer Einnahmequellen wird denken müssen, so opfert er mit der Einführung der Zündhölzchensteuer eine einer späteren Zukunft vorbehaltenen Reserve. Uebrigens ist es fraglich, ob die Zündhölzchensteuer den präliminierten Eingang aus der Biersteuer wird aufwiegen können. In Deutschland ist ihr Ertrag mit 25 Millionen Mark angenommen worden. Dann ist es sehr optimistisch, wenn man glaubt, daß sie bei uns zwanzig Millionen Kronen abwerfen wird. Der fiskalische Erfindungsgeist wird sich daher noch nach anderen Steuerobjekten umsehen müssen. Es heißt, daß der Finanzminister sich mit dem Plane der Schaffung neuer Monopole trage. Er will das Branntweinmonopol und ein Petroleum-Handelsmonopol einführen. Die Verwirklichung dieser Absicht hätte jedoch ein eintverändliches Vorgehen der ungarischen Regierung zur Voraussetzung. Weiters stehen auf der Tagesordnung Projekte wegen Einführung von Luxussteuern. Man denkt hierbei an eine Steuer für Equipagen und Automobile, für Reit- und Rennpferde, für Luxusmode und für eine über ein bestimmtes Maß hinausgehende Dienerschaft. Erhöhen will der Finanzminister ferner die Stempel

und Gebühren, doch scheint er noch nicht im klaren, wo er hier den Hebel ansetzen soll. Denn die Gebühren in Oesterreich sind so exorbitant, daß ein weiteres Hinaufschrauben nicht gut möglich ist. Endlich ist eine noch weitergehende Ausgestaltung der Personaleinkommensteuer in Aussicht genommen. Das Prinzip der stärkeren Belastung hoher Einkommen soll noch schärfer, als es bisher beachtet war, durchgeführt werden. Das wäre eine Steuer für die Besitzenden, gegen die sich vom sozialpolitischen Gesichtspunkte nicht viel einwenden ließe. Gegenwärtig hört die Steuerprogression bei 5 pCt. auf. Das Einkommen mag noch so hoch sein, mehr als diesen Satz hat ein Zensit nicht zu entrichten. Der Finanzminister hat bereits angekündigt, daß er den Steuerfuß auf 6 pCt. erhöhen wolle. Nun hat er die Absicht, noch weiter zu gehen und eine Progression einzuführen, die erst bei 8 pCt. ihr Höchstmäß erreicht. Dieser Satz mag hoch sein, da er aber nur die größten Einkommen, die nach Hunderttausenden und Millionen zählen, treffen würde, so kann von einem übermäßigen Steuerdruck dennoch nicht gesprochen werden. Fragt sich nur, wie sich das Herrenhaus, wo die großen Kaufmännensitzer maßgebenden Einfluß ausüben, zu dieser Steuer verhalten wird. Denn wie im Deutschen Reich, so hat auch bei uns der Großgrundbesitz nicht die richtige Begeisterung für das Steuerzahnen. Der Finanzminister ist übrigens bei uns infolfern in einer guten Position, als er es in seiner Macht hat, verschiedene Steuererhöhungen, die anderwärts die Parlamente bewilligen müssen, im administrativen Wirkungstreife einzuführen. Wenn alle Stricke reißen, wird er die Zigaretten und den Tabak teurer verkaufen, vielleicht auch den Salzpreis erhöhen, nachdem schon vorher, ebenfalls im administrativen Wege, die Tarifserhöhung auf den Staatsbahnen beschlossen worden ist. Das Parlament aber, welches an der Zerrüttung der österreichischen Finanzen mitschuldig ist, indem es den Staat in kostspielige Investitionen hineinbrachte und auf Kosten der Staatsfinanzen auf Wählerfang ausgegangen ist, handelt unaufrichtig und gewissenlos, wenn es jetzt den Finanzminister im Stiche läßt und ihn daran hindert, die Finanzen, die es selbst in Unordnung gebracht hat, zu sanieren.

Telegramme.

Maribad, 21. August. (C. T. C.) An dem heutigen Lumb bei König Eward nahm unter anderen auch der serbische Minister des Aeußern Milowanowitsch teil.

Jishl, 21. August. (C. T. C.) Kaiser Franz Josef empfing heute vormittag den Minister des Aeußern Grafen v. Lehrenthal in zweifundiger Audienz.

Saad, 21. August. (C. T. C.) Der ehemalige Kolonialminister Jdenburg ist zum Generalgouverneur von Niederländisch-Indien ernannt worden, nachdem Generalgouverneur van Gentz demissioniert hatte. Der neue Generalgouverneur wird sein Amt im Dezember antreten.

Konstantinopel, 21. August. (C. T. C.) Einer hier eingegangenen Depesche zufolge haben sich in Verisowich etwa tausend Albaner versammelt, um einheitlich zur Steuerfrage Stellung zu nehmen. Ein Bataillon Infanterie und zwei Geschütze sind aus Ueskud nach Verisowich entsendet worden.

Konstantinopel, 21. August. (C. T. C.) Der heutigen Schlußsitzung der Kammer wohnten der Großwesir, mehrere Mitglieder des Kabinetts und zahlreiche militärische und geistliche Würdenträger bei. Der Präsident der Kammer Ahmed Niza gab in einer kurzen Schlussrede einen Rückblick auf die ereignisreiche Tagung und forderte die Abgeordneten auf, während der Ferien die Ideen der Freiheit und der Verfassung im Lande zu verbreiten. Sodann verlas der Großwesir ein kaiserliches Erlass, das die erste Session des Reichstages für geschlossen erklärt und den Beginn der nächsten Session auf den 14. November d. J. ansetzt. (Siehe auch in der I. und II. Beilage.)